



Mehrstaatigkeit grundsätzlich akzeptieren

Pressemitteilung von Sevim Dagdelen, 19. Dezember 2014

"Ein wirkliches Weihnachtsgeschenk wäre der grundsätzliche Wegfall der Optionspflicht gewesen, mit einem fortschrittlichen Staatsangehörigkeitsgesetz, das die Mehrstaatigkeit grundsätzlich akzeptiert", kritisiert Sevim Dagdelen, migrationspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, die morgen in Kraft tretenden Reform des Staatsangehörigkeitsrechts. Dagdelen weiter:

„Die Optionspflicht wurde im Grundsatz beibehalten. Die neue Regelung stößt insbesondere die erste und zweite Einwanderungsgeneration vor den Kopf. Für sie gilt die Neuregelung nicht. Auch hat es die Koalition versäumt, eine Regelung für die mindestens 553 Menschen zu treffen, die infolge der bisherigen Optionspflicht ihre deutsche Staatsangehörigkeit verloren haben. Die Bundesländer sollten den Betroffenen eine unkomplizierte und kostenlose Wiedereinbürgerung unter Hinnahme der Mehrstaatigkeit zusichern.

DIE LINKE setzt sich für ein fortschrittliches Staatsangehörigkeitsrecht ein, das die

Mehrstaatigkeit bei Einbürgerungen generell akzeptiert. Darüber hinaus fordert DIE LINKE umfangreiche Erleichterungen bei der Einbürgerung, um Migrantinnen und Migranten gleiche Rechte zu verschaffen."